

Süddeutsche Zeitung

AM WOCHENENDE

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HFI

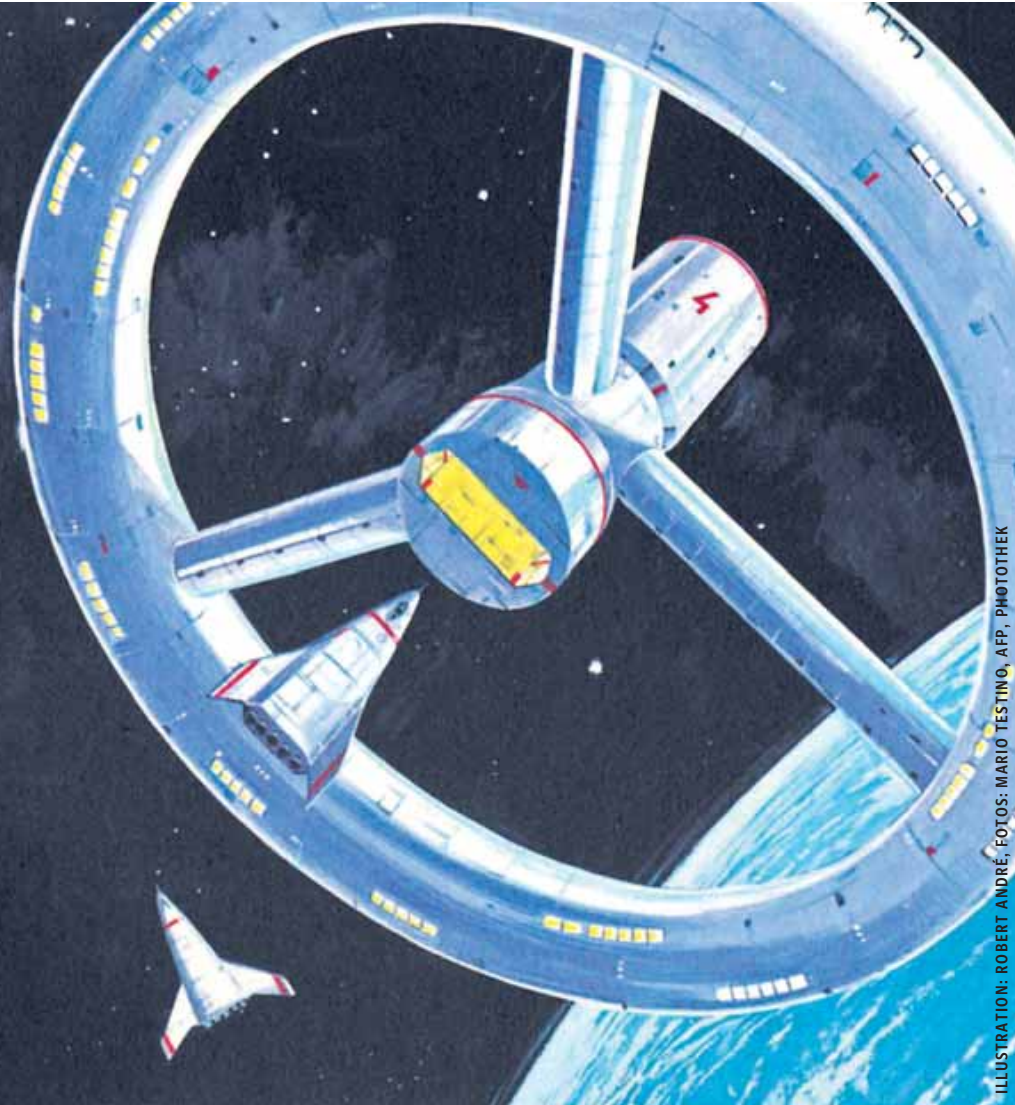
MÜNCHEN, SAMSTAG/SONNTAG, 24./25. JANUAR 2015

71. JAHRGANG / 4. WOCHE / NR. 19 / 2,60 EURO

Der Traum vom Raum

Seitdem die Weltmächte den Wettlauf zu den Sternen aufgegeben haben, investieren private Firmen Milliarden in den All-Tourismus. Erobert der Kapitalismus den Weltraum?

► **Wirtschaft, Seite 23**



GLAMOURAMA

Mario Testino, Lieblingsfotograf der Schönen und Berühmten, wird mit einer Ausstellung geadelt. Eine Begegnung

► **Stil, Seite 55**



KÖNIGSWEG GESUCHT

Prinz Salman muss die Herrschaft in Saudi-Arabien in harten Zeiten übernehmen

► **Politik, Seite 7**



ISRAEL UND DIE KANZLERIN

Momentaufnahmen einer komplizierten Freundschaft

► **Die Seite Drei**

Das Streiflicht

(SZ) Gegen Ende der Woche lohnt sich ein Blick auf Spiegel online, vor allem auf die dort stattfindende Unterhaltung der Kulturredakteure Sebastian Hammelehe und Maren Keller. Das Gespräch ordnet sich stets der Frage „Und das soll ich lesen?“ unter, die man grundsätzlich mit Nein beantworten darf, denn in einer freien Gesellschaft muss niemand etwas lesen sollen, jedenfalls keine Bücher. Aber man muss auf jeden Fall reden dürfen, gerne auch über Romane, deren feine strukturelle Verästelungen Sebastian Hammelehe und Maren Keller bald mit Staunen, bald mit Unverständnis, oft aber mit interessanten Beobachtungen kommentieren. Natürlich geht es diese Woche um Michel Houellebecqs Roman „Unterwerfung“, in dem viel von Frauen und Männern die Rede ist und von dem, was sie miteinander anstellen. Maren Keller sagt, sie interessiert die Frauenprobleme des Buchhelden François nicht besonders, dafür umso mehr die Gedanken-spiele und der Humor – aber kommen diese beiden Kulturtechniken nicht vor allem im Zusammenhang mit den Liebeskapriolen des Helden zum Einsatz?

Ach, zum Teufel mit den Klügelchen, es gibt etwas viel Interessanteres in diesem Gespräch, nämlich die Frage, ob Houellebecqs Buch für die geschrieben sei, welche „die Schnauze voll haben“ – eine Wendung, von der Hammelehe meint, sie komme im deutschen Sprachgebrauch nur noch im Stadionlied vor. Es ist immer ein Ausweis von intellektueller Wachheit, wenn einer mit der Feststellung über-rascht, ein Wort oder eine Redensart sei doch schon längst nicht mehr im Umlauf, nur bemerke es außer ihm niemand. Und „die Schnauze voll haben“, jene rustikale Allegorie für den großen Überdruß, verwendeten, sagt Hammelehe, eigentlich nur noch die Franzosen. Blickt man nach Frankreich, so stellt man aber fest, dass die Franzosen in den letzten Wochen sehr viel „Je suis Charlie“ und „Liberté d'expression“ gerufen haben, auch oft „Vive la France!“, auf das Bekenntnis, die Schnauze voll zu haben, stößt man eher selten bis gar nicht.

In Deutschland dagegen ist die volle Schnauze gerade in den letzten Wochen wieder populärer geworden und erklingt als Refrain der kleinen bösen Pappschilt-träger in Dresden und Leipzig. Unglücklicher Weise sind sie dort selten in der Lage zu artikulieren, wovon sie genau die Schnauze voll haben oder, so müsste man wohl exakt fragen: womit. Der große Wolf Biermann hat ein Gedicht geschrieben, das so anfängt: „Ich hab die Schnauze voll mit großen Worten – und lass sie raus wie andre Schreier auch.“ Und das, sagt Hammelehe, gefalle ihm auch an Houellebecq so gut, dass der „selbst vor einem Spruch wie Schnauze voll“ nicht haltmacht. Wer selbst vor einem Spruch wie „Schnauze voll“ nicht haltmacht, der schreckt am Ende auch vor Gedanken-spielen und Humor nicht zurück.

Griechenland wählt, Europa bangt

Wenn der Linke Alexis Tsipras an diesem Sonntag die Abstimmung gewinnt, dürfte er alles daransetzen, die scharfen Sparvorgaben zu lockern. Brüssel und Berlin werden gegenhalten. Und was passiert mit dem Euro?

VON CLAUDIA HULVERSCHEIDT UND CERSTIN GAMMELIN

Berlin/Brüssel – Der Euro steht vor einer der größten Bewährungsproben in seiner 16-jährigen Geschichte: In Griechenland sind am Sonntag elf Millionen Bürger aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Gewinnt das linke Oppositionsbündnis Syriza von Alexis Tsipras, soll Schluss sein mit der Sanierung des Haushalts, der Rückzahlung von Auslandsschulden und harten Wirtschaftsreformen. Damit droht ein Konflikt zwischen Athen und den Partnerstaaten, an dem die gesamte Währungsunion zerbrechen könnte. Griechenland wird seit fünf Jahren von den Euro-Ländern und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt, weil die Regierung wegen hoher Schulden auf den Kapitalmärkten keinen Kredit mehr erhält. Insgesamt haben die Partner Athen fast 240 Milliarden Euro geliehen, Deutschland bürgt für etwa 53 Milliarden. Die im Gegenzug verlangten Reformen zeigen erste Erfolge, viele Griechen leiden aber unter Arbeitslosigkeit und Sozialkürzungen. Sie verlangen einen Kurswechsel. In den Umfragen liegt Syriza mit 33 Prozent vor der konservativen Nea Dimokratia von Ministerpräsident Antonis Samaras, die auf 28 Prozent kommt.

Es ist offen, was passiert, wenn die Wahl so ausgeht. Zunächst stellte sich die Frage, ob Syriza allein regieren kann. Das ist unwahrscheinlich, obwohl der Wahlsieger im 300-köpfigen Parlament 50 zusätzliche Sitze erhält. Tsipras müsste sich also Koalitionspartner suchen, ohne zugleich die noch radikaleren Kräfte im eigenen Lager zu vergrätzen – ein Drahtseilakt. Selbst wenn dieser gelingen sollte, fingen die Probleme für den neuen Ministerpräsidenten erst an: Die Partnerstaaten, allen

voran Deutschland und Finnland, aber auch die EU-Kommission, der IWF und die Europäische Zentralbank, haben Tsipras' Forderungen nach einem Ende der Reformpolitik und einem weiteren Schuldenerlass bereits eine Absage erteilt. „Wenn Athen sich stur stellt, werden die Euro-Länder ihre Hilfe sofort beenden“, sagte ein EU-Diplomat am Freitag in Brüssel. „Griechenland wird sich dann ab dem Frühjahr nicht mehr finanzieren können.“ Allerdings ist die Lage der Euro-Partner nicht so komfortabel, wie sie erscheinen mag. Stellt Tsipras tatsächlich den Zinsdienst ein und nimmt er Reformgesetz zurück, hätten sie dagegen keine Handhabe. Eine Zeit lang nämlich käme die

neue Regierung ohne Hilfe aus, weil der Staatshaushalt – ohne Zinsausgaben gerechnet – mittlerweile einen Überschuss aufweist. Allerdings könnte die Europäische Zentralbank den griechischen Banken den Geldhahn zudrehen und sie damit in die Pleite treiben. Auch käme es wohl zu einem Sturm auf die Banken, weil die Bürger ihr Ersparnis noch in Euro abheben wollen, bevor Athen womöglich zu einer drastisch abgewerteten Drachme zurückkehrt. Ein solcher *bank run* könnte die Bürger in anderen Euro-Ländern verunsichern und die gesamte Währungsunion in Turbulenzen stürzen.

Sollten die Griechen die Euro-Zone tatsächlich verlassen, was Tsipras nach eigenem

Bekunden nicht will, wäre das Land umgehend insolvent, weil es alte Euro-Schulden mit der neuen Schwachwährung begleichen müsste. Doch damit geriete nicht nur Tsipras, sondern auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Erklärungsnot: Sie müsste vor dem Bundestag einräumen, dass zumindest ein Teil jener 53 Milliarden Euro an Krediten verloren ist, für die deutsche Steuerzahler bürgen. Für die CDU-Konkurrenten von der AfD wäre das ein gefundenes Wahlkampfthema. Dramatischer ist allerdings, dass ausländische Investoren, die bisher glauben, dass die Währungsunion irreversibel ist, bei einem beginnenden Erosionsprozess – und das wäre der Austritt eines Landes – ihre Gelder aus der Euro-Zone abzögen.

Wahrscheinlich ist deshalb, dass die Euro-Partner am Ende mit Tsipras verhandeln werden. Daran ist auch der Syriza-Chef interessiert, wie seine jüngsten Versuche zeigen, Ansprechpartner in Berlin, Paris und Brüssel zu finden. „Wir müssen auf der Basis unserer Verträge und Vereinbarungen mit jeder demokratisch gewählten Regierung reden“, sagte EU-Währungskommissar Pierre Moscovici der Süddeutschen Zeitung.

In Brüssel will man bereits „eine leichte Änderung“ in Tsipras' Auftreten registriert haben: Er gebe sich neuerdings pro-europäischer und grundsätzlich verhandlungsbereit. Vielleicht macht sich am Ende eine Investition von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aus dem Jahr 2014 bezahlt. Damals sollte er gemeinsam mit Tsipras an einer Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten für die Europawahl teilnehmen. Als die TV-Stationen den Syriza-Chef ausladen wollten, weil er sich weigerte, englisch zu reden, griff Juncker ein: Er setzte durch, dass er selber französisch reden durfte – und Tsipras griechisch.

Letzte Umfrage

Bündnis der radikalen Linken (Syriza)

- für den Verbleib in EU und Eurozone
- fordert Schuldenschnitt, will Privatisierung stoppen
- will Löhne und Renten anheben



32,2%

Nea Dimokratia (ND)

- Konservative sind für den Verbleib in der Eurozone
- hält am Sparprogramm fest, tritt aber für Lockerung ein
- will keine neuen Schulden machen



26,0%

Der Fluss

- pro-europäische Partei der politischen Mitte
- fordert enge Zusammenarbeit der politischen Kräfte, um die Krise zu überwinden

6,3%

Goldene Morgenröte

- rassistische und ausländerfeindliche Partei
- fast die gesamte Parteiführung sitzt wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung in U-Haft

6,1%

Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok)

- für den Verbleib des Landes in der Eurozone
- Kooperation mit Linksbündnis möglich

4,0%

SZ-Grafik; Quelle: Meinungsforschungsinstitut Marci; Fotos: dpa (2)

Burger-Bewegung

Die Fast-Food-Ketten aus Amerika verlieren Kunden. Gefragt sind Hamburger aus einheimischem Fleisch und Döner-Kreationen vom Landschwein

im Glück“, die feinkomponierte Hackfleisch-Symphonien anbietet: 31 Läden gibt es mittlerweile in Deutschland, vngangenen Sommer waren es erst 15. Oder eben der noch individuellere Trend des Street Foods, kleine Imbissstuben also, die weit mehr bieten als Currywurst, anonymes Hack oder ein Hähnchen aus dem Großbetrieb. Am Prenzlauer Berg in Berlin und in Köln gibt es mittlerweile bereits richtige Festivals, bei denen lang eingelegtes Rindfleisch auf Brötchen serviert wird. Teurer als die Standardsemmel – aber mit Herkunftsangabe und einem etwas anderen Geschmack. Die Leute stehen dafür Schlange. „Wir essen mittler-

weile viel bewusster, auch wenn es schnell gehen muss“, sagt Wolfgang Rogall, der die Grüne Woche in Berlin mitorganisiert. Vor 20 Jahren habe es einfach nur ordentlich schmecken müssen, mittlerweile würden sich extrem viele Menschen dafür interessieren, wo das Hackfleisch herkommt, was das Gemüse. In acht Hallen bieten Hersteller und Regionen mittlerweile ihre heimischen, biologischen Produkte an.

Die Leidtragenden sind die klassischen Brat-Ketten. Es schien lange Zeit, als ob sie unbegrenzt wachsen in den Städten und Vororten mit ihren weltweit gleichen Burgern. Damit ist es vorbei. Und

das bestätigt in gewisser Weise auch der Aufschwung der neuen, alternativen Kreativ-Brater und Maultaschen-Bewegung. Burger King litt in Deutschland zuletzt unter einem Skandal um schlechte Arbeitsbedingungen und gammelige Zutaten beim größten Franchisenehmer. Das kostete Kundschaft, zumal das Ungemach zwischenzeitlich zur Schließung von 80 Schnellrestaurants führte. Marktführer McDonald's hat im vergangenen Jahr zwar 27 Milliarden Dollar Umsatz gemacht. Doch es scheint nicht mehr aufwärtszugehen. Im gerade abgelaufenen vierten Quartal knickte der Umsatz um sieben Prozent ein, der Gewinn um ein Fünftel. Und so fährt McDonald's seine Expansion zurück. Zu den 36 000 Geschäften weltweit sollen jetzt nicht mehr viele dazu kommen. Stattdessen, teilten die Manager mit, gehe es darum, den Umsatz und Gewinn zu stabilisieren.

Bei Herrn Kächele hängt übrigens ein Zettel an der Wand: Geeignete Räume gesucht. Für neue Maultaschen-Imbissläden. **MAX HÄGLER**

Pegida marschiert schon Sonntag

Islamgegner weichen der Gegendemonstration aus

Dresden – Die antiislamische Pegida-Bewegung zieht ihre für Montag geplante Demonstration auf Sonntag vor. Es liegt eine Anmeldung für eine Veranstaltung mit 25 000 Teilnehmern am Sonntag nachmittag vor, teilte eine Sprecherin der Stadt Dresden mit. Als Grund nannte Pegida auf ihrer Facebook-Seite, dass man nicht parallel zu einem am Montag stattfindenden Gratiskonzert demonstrieren wolle. Zu diesem Konzert für Welt-offenheit und Toleranz haben sich zahlreiche Künstler angekündigt. **sz** ► **Seite 8**

Hunderte Arzneien werden verboten

München – Die europäische Arzneimittelbehörde EMA hat sich dafür ausgesprochen, 700 Medikamentenzulassungen in Europa zu stoppen. Diese beruhen auf Studien, die in Indien von der Firma GVK Biosciences gefälscht worden sein sollen. 52 sind in Deutschland käuflich. Die EU-Kommission muss das Votum noch bestätigen. **BERN, KARI** ► **Seiten 4 und 8**

US-Vizepräsident auf Münchner Konferenz

München – US-Vizepräsident Joe Biden wird nach SZ-Informationen an der Münchner Sicherheitskonferenz in zwei Wochen teilnehmen. Erwartet werden etwa 20 Staats- und Regierungschefs und 60 Minister, die sich zu Themen wie Ukraine oder IS austauschen. **ELI** ► **Seite 8**

MIT STELLENMARKT

Dax ▲	Dow ▼	Euro ▼
Xetra 16:30 h	N.Y. 16:30 h	16:30 h
10625 Punkte	17760 Punkte	1,1267 US-\$
+ 1,81%	- 0,30%	- 0,0099

DAS WETTER

TAGS 5° / -4° NACHTS

Im Norden und Westen Schneefall oder, zum Teil, gefrierender Regen, der bis zum Abend in den Osten und Süden zieht. Sonst ist es außer einiger Schneeflocken in Alpennähe zunächst noch trocken. Null bis fünf Grad. **► Seite 14**

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, NL, SLO, SK: € 3,40; dkr. 27; £ 3,40; kn 31; sfr. 5,00; czk 101; Ft 910

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: **sz.de/app**

Medien, TV-/Radioprogramm 42-44
Forum & Leserbrief 14
München - Bayern 41
Rätsel & Schach 59
Familienanzeigen 28-29

